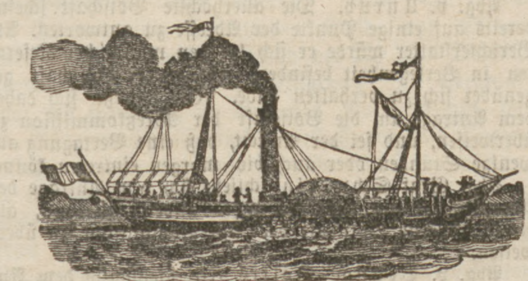
Danziger Dampfboot.

№ 117. **1863.**

Freitag, den 22. Mai. **34ster Jahrgang.**



Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Ztgs.- u. Annonc.-Bür.
In Leipzig: Illgen & Fort.
In Breslau: Louis Stangen.
In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Lemberg, Mittwoch 20. Mai.

Zwischen Berdyczew und Machnowka sollen die Insurgenten einen glücklichen Kampf bestanden haben. Wißniewski ist über den Bug nach dem Königreich Polen zurückgekehrt.

— Nach Berichten aus Hussiatyn ist im Hucsinskier, Braclawker, Olhopolsker und Proskurower Bezirke am 19. d. der Aufstand ausgebrochen. Von der Universität Kiew sind 1000 Studirende nach Berdyczew zu den Aufständischen gegangen.

Krakau, Donnerstag 12. Mai.

Der „Czas“ meldet, daß die unter Oborski's Führung stehende Insurgentenabtheilung mit Glück gegen die Russen unter Hilferding in der Gegend von Klodawa gefochten hat. — Dombrowski soll die Russen bei Kreczew geschlagen, Myskowski und Pruczinski sollen eine russische Abtheilung in Podolien bei Malchinia aufgerieben haben.

Warschau, Mittwoch 20. Mai.

Dwernowski hat ein Corps von 1200 Insurgenten am 18. d. bei Nowawies (Gouvernement Warschau) zwischen Warka und Grojec geschlagen. Die Insurgenten hatten 150 Todte und 182 Gefangene. Ihre ganze Bagage und viele Waffen wurden erbeutet.

St. Petersburg, Donnerstag 21. Mai.

Wie die „Nordische Post“ meldet, erhalten die westlichen Gouvernements organisirte Banden von Bauern zur Ueberwachung und zum Schutze der Personen und der Kommunikation. Diese Banden bestehen aus 60—100 Mann an jedem Orte, wählen sich selbst ihre Anführer und stehen unter den Militärchefs oder der Provinzial-Polizei.

Triest, Donnerstag 21. Mai.

In Athen ist ein neues Ministerium gebildet: Rufos, Präsident; Londidas, Inneres; Kommonduros, Finanzen; Zatis, Justiz; Delyamie, Aeußeres; Botzaris, Krieg; Kanaris der Jüngere, Marine; Callifronas, Kultus. Die Nationalversammlung votirte den Schutzmächten ihren Dank für die bisherigen Wohlthaten.

— Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß Nubar Bey einen Firman, der die Verpflichtungen des Vicekönigs von Aegypten gegen Hrn. v. Lesseps sanktionirt, zu erwirken hofft. Die Tscherkessen beabsichtigen bei den europäischen Mächten darüber Beschwerde zu führen, daß tscherkessische Schiffe in den türkischen Gewässern von russischen Kreuzern aufgebracht worden; sie sind mit Abfassung einer Denkschrift beschäftigt, welche sie den hiesigen Gesandtschaften zustellen wollen.

Brüssel, Donnerstag 21. Mai.

Der Senat hat die mit Preußen abgeschlossenen drei Verträge einstimmig genehmigt. Nur über den Vertrag wegen des literarischen Eigenthums machte ein Senator einige Bemerkungen, welche der Minister der auswärtigen Angelegenheiten widerlegte.

Madrid, Donnerstag 21. Mai.

Die Kerkerstrafe der verurtheilten Protestanten ist in Verbannung auf eine gleiche Anzahl Jahre verwandelt worden.

Landtag.

Herrenhaus.

17. Sitzung, am 20. Mai.

Präsident: Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode. Am Ministertisch ist der Justizminister mit mehreren Regierungs-Commissarien anwesend. Die Mitglieder sind wenig zahlreich auf ihren Plätzen. Die Tagesordnung führt zu dem Gesetze über die Rechtsverhältnisse der Schiffsmannschaft auf Seeschiffen. Die Commission hat viele Abänderungen, welche das Abgeordnetenhaus beschlossen, zu verwerfen beantragt. Der Berichterstatter Herr v. Homeyer befürwortet nur Streichung des Passus, welcher sich auf die Militair-Dienstpflicht bezieht, dagegen meint er, möge man den übrigen Beschlüssen des andern Hauses beitreten, um das Zustandekommen des Gesetzes nicht unmöglich zu machen. Allgemeine Debatte findet nicht statt. §. 14, welcher die Militairpflicht betrifft, und §. 23, welcher die körperlichen Strafen angeht, wird nach den Vorschlägen der Commission, abweichend von den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses, angenommen. Zu §. 29 ist ein Zusatz entstanden, welcher das Prinzip der Ausschließung körperlicher Züchtigung zwar anerkennt, dagegen in einzelnen näher präcisirten Fällen Abweichungen davon gestattet. Mit diesen beiden Abänderungen wird das Gesetz angenommen, welches nunmehr noch einmal im Abgeordnetenhause zur Berathung kommen muß. Hierauf ertheilt das Haus in Gemäßheit des Antrages seiner Finanz-Commission dem Bericht der Staatsschulden-Commission über die Verwaltung der Staatsschulden im Jahre 1861 die Decharge.

Es folgt der zweite Bericht der Petitions-Commission; da derselbe erst gestern vertheilt ist, protestirt Herr Baumstarck gegen dessen heutige Berathung; die große Majorität beschließt jedoch, in die Debatte des Berichts einzutreten. Derselbe beginnt mit den bereits erwähnten Petitionen von 70 Ortschaften der Provinz Posen, welche das Herrenhaus bitten, sich zum Vermittler des Anerkenntnisses und Dankes zu machen, „den das Land der königl. Staatsregierung den Angriffen des Abgeordnetenhauses gegenüber für die Maßregeln zollt, welche sie zur Sicherung der östlichen Landesgrenze und zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung in den betreffenden Landestheilen, namentlich in der Provinz Posen getroffen hat“. Die Commission beantragt: „die Petitionen der Regierung zu überweisen, indem sich das Herrenhaus denselben ausdrücklich dahin anschließt, daß es auch seinerseits der Staats-Regierung seinen Dank ausspricht für die entschlossene und feste Haltung, womit sie dem Aufstande im benachbarten Königreich Polen, durch alle Angriffe unbeirrt, gegenüber getreten ist und die preußischen Landestheile zu schützen gewußt hat“. (Der Cultus- und der Landwirthschafts-Minister sind eingetreten; in der Loge des Abgeordnetenhauses bemerkt man unter Andern einige Mitglieder der polnischen Fraction). Der Berichterstatter ist Hr. v. Waldaw-Steinhövel. Derselbe meint, das Haus habe sich schwer entschlossen, dem Antrage Statt zu geben, hier den Vermittler zu machen, weil das Haus principiell sich von auswärtigen Angelegenheiten fern hält, namentlich wenn es so scheinen könnte, als ob das Haus der Regierung Verlegenheit bereiten wollte. In diesem Falle sei jedoch die Mitwirkung des Hauses geboten und deshalb der einstimmig gefaßte Commissions-Antrag zu empfehlen. Der polnische Aufstand bezwecke Wiederherstellung des Königreichs Polen in den Grenzen von 1772 und weiter hinaus über Ost-Preußen hin. Das heiße aber, uns im Rücken, einer feindlichen französischen Armee eine feindliche Macht zur Seite stellen zum Ruin Preußens und Deutschlands. Woher komme nun die Unterstützung des Aufstandes in deutschen Parlamenten? Man habe in den letzten Jahren entstehen sehen den Nationalverein und an seiner Seite Schützen-, Turner-, Sängervereine rc.; an der Spitze derselben ständen dieselben Personen, welche an der Spitze der deutschen Fortschrittspartei stehen, welche im preußischen Abgeordnetenhause sitzen und offen den Aufruhr in Polen begünstigen und organisiren helfen, es seien dieselben Männer, welche von 1848 her bekannt seien. Man gebe sich zu unwürdigem Liebäugeln mit Frankreich her, gerade wie im Jahre 1806; das habe sich schwer gerächt und werde sich wieder rächen. Die Regierung habe sich nur durch ihre Maßnahmen in Polen verdient gemacht, und es sei nur zu wünschen, daß sie dem Rathe ihrer wahren Freunde folge und den Belagerungszustand in der Provinz Posen verhänge.

Gr. Krassow: Bei der ganzen Frage handle es sich nur darum, ob die Krone oder die Revolution herrschen solle, mit der Beantwortung hänge das Wohl und die Integrität Preußens zusammen. Die Massen treffe kein Vorwurf, sondern nur die Führer und Hauptvertreter der revolutionären Ideen. Es ständen sich der excentrische Idealismus und der rohste Materialismus gegenüber und beide Gegensätze träfen zusammen in der Revolution gegen Gottes Ordnung. Es drohten die furchtbarsten Gefahren für Deutschland und die ganze germanische Race, daher möge man die Regierung in ihrem Kampfe dagegen unterstützen.

Hr. v. Gaffron: Die Regierung habe nur Selbsthülfe geübt, man sei ihr zu Dank verpflichtet und daher müsse man den Commissionsantrag annehmen.

Hr. v. Senfft-Pilsach beginnt mit einem Rückblick auf die Geschichte Polens: Redner beleuchtet die Vorzüge des polnischen Volkes und kommt unter Berufung auf Friedrich v. Raumer zu dem Schluß, daß die Polen die Theilung vom Jahre 1772 selbst verschuldet hätten. (Am Ministertisch erscheinen der Ministerpräsident und der Kriegsminister.) Redner giebt einen vollständigen Abriß der Geschichte Polens. Endlich kommt der Redner auf die jetzige Insurrektion, dieselbe stütze sich auf Meuchelmord und Einbruch und werde von professionirten Revolutionairs geführt. Gefährlich wäre die Situation, wenn die Demokratie und das Ausland die Regierung loben würden. Die Demokratie habe überall und immer dieselben Interessen. Herr v. Unruh habe schon 1848 gesagt, es gäbe nur Absolutismus, Republik oder eine Monarchie mit parlamentarischem Regiment. In diesem Sinne habe er die Steuerverweigerung dictirt, in diesem Sinne gerire sich Hr. von Kirchmann in der Breslauer Zeitung, derselbe Mann der jetzt wieder Vicepräsident des Appellhofes zu Ratibor werden soll. Könne dabei die Autorität in Preußen bestehen? Widerstand gegen Gottes Ordnung sei der Ursprung alles Unglücks, welches sich auch auf die moderne Gesetzgebung erstreckte, letztere schnüre das Recht der Braven ein und befördere und schütze die losen Buben und Revolutionärs (Beifall). Die polnische Insurrektion bedrohe den Bestand Preußens, sie organisire eine Hülfstruppe für Frankreich; glaube man etwa, daß man mit dem desorganisirten Heere, welches man dem Könige lassen wollte, Polen und Frankreich besetzen könne? Brandschatzung und Meuchelmord herrschten in Polen, und die preußische Regierung sollte nicht einschreiten? Was ist denn das für eine Partei, welche sich deutsche Fortschrittspartei nenne und alles gutheiße, was gegen Deutschland unternommen werde? Die Fortschrittspartei sei lediglich ein Auswuchs der solidarischen Interessen der Demokraten in der ganzen Welt. Das Ausland beweise durch seinen Aerger über die Convention, daß diese vollkommen richtig und geboten und von dem besten Effect begleitet war. Frankreich sei direct betheiligt, denn man setze seinem Bundesgenossen einen Damm entgegen. England gehe immer gern mit der Revolution; hier würde es noch energischer vorgehen, wenn ihm nicht Mißtrauen und Eifersucht gegen Frankreich Hemmschuhe anlegten. Der Widerspruch der Westmächte sei erklärlich, er bedeute nicht viel. Preußen aber konnte Rußland nicht isolirt lassen, wie im Krimkriege, seien doch hier seine eigenen Interessen zu bedroht. Frankreich sei der principalste Gegner an seinen westlichen Grenzen; eine Erkältung im Verhalten gegen Frankreich sei daher ein Vortheil für Preußen: Oesterreich müsse und werde mit Rußland und Preußen gehen.

Herr Hasselbach: Wenn sich der Dank an die Regierung auch auf die Convention vom 8. Febr. richten sollte, so könne Redner sich nicht anschließen. Der Ref. v. Waldaw-Steinhövel giebt zu, den Inhalt der Convention nicht zu kennen, er müsse sie aber loben, weil sie ihm geboten und gerecht erschienen. Als Curiosum verliest der Referent einen Brief an ein Mitglied des Herrenhauses, in welchem dem letzteren mitgetheilt worden, daß es vom polnischen Centralkomitee zum Tode verurtheilt und auch allen Mitgliedern des Nationalvereins in Polen der Galgen bestimmt worden sei. (Heiterkeit.) Schließlich bittet der Redner um möglich einstimmige Annahme des Commissionsantrages. Hr. Hasselbach: Nach der Aufklärung, welche ich jetzt über das Wesen der Convention erhalten, erkläre ich für die Commission stimmen zu wollen. Bei der Abstimmung wird der Commissions-Antrag mit allen gegen eine Stimme (Prof. Baumstark) angenommen.

Der baltische Verein für Förderung der Landwirthschaft beantragt die Einführung einer Hypothekenordnung nach dem Muster der Mecklenburgischen und eine Verbesserung des für Neuvorpommern und Rügen im Jahre 1772 erlassenen Vorfluthedikts. Die Commission empfiehlt Ueberweisung an die Regierung zur Abhülfe; Dr. Götze (dem sich Graf Krassow anschließt) will Ueberweisung zur Erwägung: eine Aenderung sei nicht möglich,

ohne in ganz erhebliche materielle Rechte einzugreifen; Graf v. Voß will Tagesordnung, weil die mecklenburgische Hypothekenordnung einer Menge von Mißbräuchen Eingang gestatte. Justizminister Graf zur Lippe: Die Uebertragung der mecklenburgischen Hypothekenordnung nach Neuvorpommern und Rügen werde eine ganz andere Wirkung haben, als man erwarte; die alte Hypothekenordnung von 1772 habe zum Segen des Landes bestanden; wenn Abänderungen nothwendig seien, so werde die Regierung dieselben in Erwägung nehmen. — Die Tagesordnung wird verworfen, die Ueberweisung „zur Erwägung" angenommen. —

Die Dibbelt'sche Petition wegen Abkürzung der Sessionen durch Herabsetzung der Diäten und dergl. wird von der Commission lebhaft empfohlen. Referent von Waldaw-Steinhöwel führt die Gründe des Commissionsberichts abermals an. Die Unzuträglichkeiten, welche durch die vielen untergeordneten Beamten in der Kammer hervorgerufen würden, lägen auf der Hand; wenn diese Beamten in ihren Ressortchefs Opposition machen könnten, in einer Weise, wie es geschehen, so sei die Disciplin nicht mehr aufrecht zu halten. — Die Diäten machten die Sache zu einem Geschäft; die Wahl werde zu einem Licitationstermin, wo der Posten dem Meistbietenden zugeschlagen werde; das Angebot geschehe dabei nicht in Geld, sondern indem man den Leidenschaften der Wähler schmeichle. Die Regierung müsse selbst wissen, ob sie es noch verantworten könne, ohne Budget die Diäten zu zahlen (Heiterkeit). Die Frage wegen der Stellvertretungskosten der Beamten könne die Regierung im Verwaltungswege ordnen. — Hr. v. Kleist-Retzow tritt dem bei; auch sei die Regierung berechtigt, die Diäten nicht fortzuzahlen; die Regierung habe sogar zu der Fortzahlung gar kein Recht; die Angelegenheit sei gesetzlich zu ordnen, und das Herrenhaus habe dabei mitzusprechen; die betreffende Bestimmung der Verfassung sei nur eine Verheißung. Der Wegfall der Diäten würde einen bedeutenden politischen Fortschritt herbeiführen; dann würde für die Abgeordneten ein gewisser Grundbesitz nöthig werden und das Amt zu einer schweren Ehrenpflicht gemacht; dann würden sich auch Männer finden, welche ein solches Amt zum Wohle des Vaterlandes zu übernehmen bereit seien. — Die Discussion wird geschlossen, der Commissions-Antrag angenommen. — Die übrigen Petitionen sind ohne allgemeines Interesse und geben zu keiner Discussion Anlaß.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bilden zwei Berichte der Matrikelcommission über die in letzter Zeit stattgefundenen Aenderungen im Bestande der Mitglieder des Herrenhauses. Diese Berichte geben zu einer Debatte keinen Anlaß. Der Personalbestand des Hauses zählt gegenwärtig 243 Mitglieder, von denen bis jetzt eingetreten sind 235; nicht eingetreten sind 8 Mitglieder; es ruhen 28 Stimmen, darunter 4 städtische. Schluß der Sitzung: 4 Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Haus der Abgeordneten.

46. Sitzung, am 20. Mai.

— In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses verlas vor Eintritt in die Tagesordnung der Herr Minister-Präsident von Bismarck-Schönhausen folgende Allerhöchste Botschaft:

„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. Nachdem in der Sitzung am 11. d. M. das Präsidium des Hauses der Abgeordneten den Anspruch erhoben hat, Unsere Minister seiner Disziplinargewalt zu unterwerfen und ihnen Schweigen zu gebieten, sind dadurch die Rechte verletzt und in Frage gestellt worden, welche nach Art. 60 der Verfassungs-Urkunde Unseren Ministern zustehen. Unser Staatsministerium hat, indem es durch seine Schreiben vom 11. und 16. d. M. gegen die Wiederkehr ähnlicher Vorgänge sichergestellt zu werden verlangte, dem Hause der Abgeordneten zugleich die wiederholte Gelegenheit geboten, dem Vorgange vom 11. d. M. jede störende Einwirkung auf die gegenseitigen Beziehungen zu nehmen, und ihn auf die Bedeutung eines vereinzelten Falles zurückzuführen. Das Haus der Abgeordneten ist diesem versöhnlichen Schritte seinerseits nicht entgegengekommen, sondern hat die erbetene Erklärung versagt und sich indirekt den von Seiten des Präsidiums am 11. d. M. bethätigten Anspruch auf eine Disziplinargewalt über Unsere Minister angeeignet. Ein solcher Anspruch entbehrt der gesetzmäßigen Grundlage, und Wir können es der Würde Unserer Regierung nicht für entsprechend erachten, daß Unsere Minister als Vertreter der Krone den Verhandlungen des Hauses unter Verzichtleistung auf die ihnen rechtlich zustehende und verfassungsmäßig verbriefte selbstständige Stellung gegenüber dem Hause der Abgeordneten und dem Präsidium desselben beiwohnen. Wir können daher das Haus der Abgeordneten nur ermahnen, einer Lage der Dinge, unter welcher die wesentlichsten Interessen des Landes leiden, ein Ende zu machen, indem das Haus der Abgeordneten Unseren Ministern die von denselben verlangte Anerkennung ihrer verfassungsmäßigen Rechte gewährt und dadurch das fernere geschäftliche Zusammenwirken ermöglicht, ohne welches ein Ergebniß der Verhandlungen des Landtags sich nicht in Aussicht nehmen läßt.

Gegeben Berlin, den 20. Mai 1863.

(gez.) Wilhelm.

(ggz.) von Bismarck. von Bodelschwingh. von Roon. Graf von Itzenplitz. von Mühler. Graf zur Lippe. von Selchow. Graf zu Eulenburg."

Nachdem diese Botschaft verlesen, verläßt der Ministerpräsident den Saal.

Präsident Grabow. Ohne die heutige Tagesordnung abzusetzen, schlage er vor, die soeben verlesene Allerhöchste Botschaft der Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen und abzuwarten, inwiefern diese es für nothwendig erachte, ob und welche Erwiderung auf dieselbe zu erlassen sei.

Abg. Graf Bethusy-Huc. Die Tagesordnung sei jetzt nicht mehr zulässig, und beantrage er, die soeben vernommene allerhöchste Botschaft einer besondern Kommission zur Berathung resp. Berichterstattung zu überweisen.

Abg. Virchow beantragt, die Allerhöchste Botschaft der Adreß-Kommission zu überweisen, damit dieselbe noch einmal prüfe, ob und inwiefern die heut auf der Tagesordnnng stehende Adresse noch zu erlassen sei. In der allerhöchsten Botschaft befinde sich eine Voraussetzung, zu welcher die Verhandlungen des Hauses keinen Anlaß gegeben hätten, daß nämlich das Präsidium unter Berufung auf seine Disciplinargewalt die Unterbrechung habe eintreten lassen. Die Minister hätten Sr. Majestät dem Könige die Sache falsch vorgestellt. Das Haus habe daher die Pflicht, in der Adresse diesen Punkt zu berühren und auszusprechen, welche treue Räthe der König auch in dieser Angelegenheit gehabt habe.

Abg. v. Sybel spricht sich in gleicher Weise aus.

Abg. v. Unruh. Die allerhöchste Botschaft scheine bereits auf einige Punkte der Adresse zu antworten. Als Berichterstatter würde er sich bei den mündlichen Referaten in Verlegenheit befinden, wie er der Botschaft gegenüber sich zu verhalten habe. Er schließe sich daher dem Antrage an, die Botschaft der Adreßkommission zu überweisen, und sei der Ansicht, daß eine Vertagung auf wenige Stunden oder auch bis morgen eintreten könne.

Abg. Graf Schwerin schließt sich dem Antrage des Abg. Virchow an. Es sei nichts anderes zu thun, als die allerhöchste Botschaft der Adreßkommission zu überweisen.

Abg. v. Bockum-Dolffs tritt gleichfalls dem Antrag Virchow bei. In der Commission werde er erörtern, inwiefern die Angabe der Minister falsch sei; im Hause habe er keinen Grund, das Verfahren des Präsidiums zu rechtfertigen. Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Virchow in folgender Fassung: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: 1) die heutige Sitzung zu vertagen, 2) die Allerhöchste Botschaft an die Adreß-Kommission zur schleunigen Berichterstattung zu überweisen", einstimmig vom Hause angenommen.

Einen dritten Punkt des Antrages, schon morgen eine Sitzung festzusetzen, zieht auf Interpellation des Abg. v. Sybel, der Abg. Virchow zurück, damit Niemand sagen könne, das Haus habe sich in dieser Angelegenheit übereilt.

Demnächst ladet der Präsident die Adreßkommission ein, sich nach der Plenarsitzung unter seinem Vorsitz zu versammeln und über diesen Gegenstand in Berathung zu treten. — Schluß der Sitzung 10 Uhr. — Nächste Sitzung unbestimmt, wahrscheinlich morgen.

— In der heutigen Sitzung des Adreßausschusses erklärten sich alle Mitglieder für eine Adresse; doch wünschte die Minorität (Graf Schwerin, Rohden und Diederichs) dieselbe möglichst auf eine Darstellung der inneren Lage des Landes und auf den acuten neuesten Conflikt mit dem Ministerio zu beschränken. Es wurde eine Subcommission gewählt; dieselbe besteht aus Virchow, Gneist, Schulze-Delitzsch, v. Unruh und Richter. Die Subcommission wird heute Abends Bericht erstatten und den amendirten Entwurf vorlegen. Ob morgen eine Plenarsitzung angesetzt werden wird, ist noch ungewiß.

Rundschau.

Berlin, 21. Mai.

— Se. Maj. der König haben während des gestrigen Tages noch einige Schmerz-Anfälle gehabt. Dieselben waren jedoch seltener und von kürzerer Dauer als vorgestern. Die Nacht war gut. Ebenso ist das Befinden am heutigen Vormittage befriedigend. Se. Majestät haben noch keine Vorträge entgegengenommen, aber den Besuch des Prinzen Karl empfangen.

— Der Adreß-Entwurf, wie er schließlich aus den Berathungen der Commission hervorgegangen ist, lautet folgendermaßen:

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König!
Allergnädigster König und Herr!

Im Beginn der gegenwärtigen Session hat das Haus der Abgeordneten, eine schwere Pflicht gegen Krone und Land erfüllend, Ew. Königl. Majestät seine Auffassung von der Lage des Landes offen und ehrfurchtsvoll dargelegt. Angesichts dieser Lage sah es sich zu der feierlichen Erklärung genöthigt, daß der innere Friede und die Kraft nach Außen dem Lande nur durch die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen wiedergegeben werden könne.

Es sind seitdem mehr als drei Monate vergangen, ohne daß die Verfassungsverletzung beseitigt, ohne daß eine Bürgschaft dafür gewonnen wäre, daß dieselbe sich nicht wiederholen werde. Die Minister Ew. Majestät fahren vielmehr fort, verfassungswidrige Grundsätze offen auszusprechen und zu bethätigen. Nicht genug damit, haben sie ihre Mitwirkung dazu verweigert, das in der Verfassung verheißene Ausführungsgesetz über die Verantwortlichkeit der Minister mit der Landesvertretung zu vereinbaren; ja sie haben keinen Anstand genommen, vor versammeltem Hause zu erklären, daß sie ihre Verantwortlichkeit dem Spruche des, von der Verfassung dazu berufenen Gerichtshofes nicht unterwerfen können. Endlich haben sie sich unter dem nichtigsten Vorwande den Verhandlungen im Hause entzogen und entgegen der klarsten Bestimmung der Verfassung, welche jedem der beiden Häuser das Recht zuspricht, die Gegenwart der Minister zu verlangen, ihr Erscheinen im Hause von einer Bedingung abhängig gemacht, welche nur darauf berechnet ist, einen neuen Streitpunkt über unser Verfassungsrecht aufzustellen.

Dem inneren Zerwürfniß hat sich stets wachsend die äußere Gefahr zugesellt. Unter Ew. Majestät Regierung war Preußens Lage günstiger geworden, als seit langer Zeit. Die Hoffnung auf Wiederherstellung der Macht und Einheit Deutschlands hatte sich von neuem belebt. An die Stelle der Sondergelüste und des Mißtrauens zwischen den einzelnen deutschen Stämmen begann ein frischer Geist des Zusammenwirkens nach dem Einen großen nationalen Ziele zu treten. Unser erhabenes Königshaus schien berufen, die höchsten Aufgaben der Nation zu verwirklichen. Die gegenwärtigen Minister Ew. Majestät haben diese Erwartungen vereitelt. Durch ihre Politik nach Außen, durch ihr verfassungswidriges Verfahren im Innern haben sie das Vertrauen der Völker und der Regierungen verscherzt. Sie selbst haben im Hause der Abgeordneten aussprechen müssen, daß Preußen Feinde ringsum hat, daß ihm ringsum kriegerische Verwickelungen drohen. Preußen steht fast allein in Deutschland, ja in Europa. Das Haus der Abgeordneten hat seine Stimme zu wiederholten Malen erhoben, um die Minister Ew. Majestät aufzuhalten auf den gefährlichen Wegen, welche sie in der auswärtigen Politik betreten haben. Sein Rath ist zurückgewiesen worden. Die Minister haben erklärt, sie würden, wenn sie es für nöthig hielten, Krieg führen mit oder ohne Gutheißen der Landesvertretung.

Inzwischen hat das Haus der Abgeordneten pflichtmäßig diejenigen Verhandlungen fortgesetzt, welche dem Lande seine volksthümliche Wehrverfassung erhalten, dem Heere die gesetzliche Grundlage sichern, die Ordnung des Staatshaushalts herstellen, dem Lande sein verfassungsmäßiges Recht und seinen inneren Frieden wiedergeben konnten und sollten. Nur das Bewußtsein, daß es sich um die höchsten Güter der Krone und des Landes handele, vermochte den Abgeordneten die Selbstverleugnung zu geben, mit welcher diese Verhandlungen geführt sind. Durch die neue Deutung des Art. 60 der Verfassung, durch das Abbrechen der persönlichen Verhandlungen mit dem Hause, haben sich die Minister selbst der letzten Möglichkeit einer Verständigung entzogen. Sie haben den letzten Zweck der Session vereitelt.

Allerdurchlauchtigster 2c. Das Haus der Abgeordneten naht dem Throne in einem Augenblick, in welchem, wie es hofft, die Würfel der Entscheidung noch nicht gefallen sind. Es erfüllt noch einmal seine Gewissenspflicht, indem es vor Ew. Majestät in tiefster Ehrfurcht erklärt: Das Haus der Abgeordneten hat keine Mittel der Verständigung mehr mit diesem Ministerium; es lehnt seine Mitwirkung zu der gegenwärtigen Politik der Regierung ab. Im Innern und nach Außen, in Form und Sache, besteht zwischen den Rathgebern der Krone und dem Lande eine Kluft, welche nach unserer festen Ueberzeugung nur durch einen Wechsel der Personen und mehr noch durch einen Wechsel des Systems ausgefüllt werden wird.

Königl. Majestät! das Land verlangt vor Allem Achtung vor seinem verfassungsmäßigen Recht. Möge die ehrfurchtsvolle Bitte der Abgeordneten bei Ew. Majestät Gehör finden. Möge Ew. Majestät so, wie in den ruhmreichsten Tagen unserer Vergangenheit, den Glanz des Königlichen Hauses, die Macht und Sicherheit der Regierung in dem gegenseitigen Bande des Vertrauens u. der Treue zwischen Fürst und Volk suchen und finden. Nur in dieser Einigkeit sind wir stark. Getrost können wir dann — aber auch nur dann — einem jeden Angriffe entgegensehen, er komme, woher er wolle.

In tiefster Ehrfurcht verharren wir Ew. Königlichen Majestät Allerunterthänigste treugehorsamste

das Haus der Abgeordneten.

Frankfurt a. M., 18. Mai. Heute fand im hiesigen Saalbau die Versammlung der Arbeitervereine des Maingaues statt, in welcher über die Lassale'schen Vorschläge entschieden werden sollte und zu welcher Schulze-Delitzsch und Lassalle persönlich eingeladen worden waren. Ersterer hatte sich entschuldigt, letzterer war erschienen und regalirte die Versammlung mit einer, volle vier Stunden dauernden abgelesenen Rede. Das ging denn doch einigermaßen über die Geduld der Hörer und ein großer Theil entfernte sich während der Rede. Als sie aber endlich unter dröhnenden Schlußrufen geendet, war die einfache Antwort der noch Anwesenden auf ein von keiner Seite auf Widerspruch stoßendes donnerndes Hoch auf — Schulze-Delitzsch!

Wien, 17. Mai. Die offiziöse „Donauzeitung" veröffentlichte gestern einen Artikel über die polnische Frage und die Stellung Oesterreichs zu derselben, welcher großes Aufsehen machte, und heute von allen Blättern besprochen wird. Im Grunde genommen enthält der Artikel nichts Neues. Oesterreich will die Aufrechthaltung des Friedens um jeden Preis, es wird daher, davon darf man überzeugt sein, weder eine Forderung an Rußland richten, noch unterstützen, welche, im Falle sie zurückgewiesen würde, einen casus belli involviren würde. Aus diesem Grunde hat man sich denn auch in nachdrücklichster Weise gegen das Projekt, die Loslösung Polens von Rußland betreffend, und gegen die Wiedererrichtung einer national-polnischen Armee ausgesprochen, insbesondere, da man der Ansicht ist, daß durch die Gewährung dieser beiden Forderungen auch die Interessen Oesterreichs als Theilungsmacht alterirt werden würden. Uebrigens hatte Rußland schon im März durch seine Gesandten erklären lassen, daß es niemals und unter keiner Bedingung in die Wiedererrichtung einer national-polnischen Armee einwilligen werde. Der Standpunkt Oesterreichs in der polnischen Frage unterscheidet sich aber auch dadurch von dem Englands und Frankreichs, weil man hier die den Polen zu gewährenden Concessionen lediglich als eine Gnadensache betrachtet, während die beiden übrigen Mächte und namentlich England sie als ein den Polen kraft der Verträge vom Jahre 1815 gebührendes Recht ansehen. Dieser Unterschied in der Auffassung der polnischen Frage ist übrigens erklärlich, wenn man sich erinnert, daß Oesterreich in so weit mit Rußland vollkommen übereinstimmt, daß es die den Polen durch die Stipulationen vom Jahre 1815 gegebene Verfassung als verwirkt durch die Resolution vom Jahre 1831 betrachtet. Daß unter solchen Umständen die Gerüchte Glauben finden, denen zu Folge die Beziehungen zwischen Oesterreich und Frankreich in neuester Zeit kühler geworden sein sollen, braucht wohl nicht weiter auseinandergesetzt zu werden.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, den 22. Mai.

— Am bevorstehenden Pfingstfeste wird das von Herrn Schultz auf dem Weinberg zu Schidlitz eben so großartig wie elegant erbaute Vergnügungs-Lokal eröffnet werden und zwar mit einem Concert der Winter'schen Kapelle. Die romantische Lage des Lokals ist überaus anziehend, und steht zu erwarten, daß Herr Schultz die Hoffnungen unseres Publikums auf sein Unternehmen in jeder Beziehung erfüllen werde. Dann wird unzweifelhaft der Weinberg in Schidlitz ein sehr beliebter Vergnügungsort in Danzigs Umgebung sein.

Czerwinsk, 7. Mai. Der kath. Schullehrer Gardzielewski aus Lipiagora ist vor einigen Tagen, wie man sagt, auf Requisition des Hrn. Regierungspräsidenten Graf zu Eulenburg Behufs protokollarischer Vernehmung vor die Schranken der Kreisgerichts-Commission in Mewe unter Strafandrohung geladen worden. Der genannte Lehrer hat einen Sohn, der die Secunda des Gymnasiums in Culm besucht und der unter besonderer Protektion eines polnischen Gutsbesitzers steht, und soll die gerichtliche Vernehmung Bezug haben auf den neulich dem Culmer Landrath zugefertigten Drohbrief.

Thorn. Seit Sonntag, den 17. war die Hitze außergewöhnlich groß, welcher am Dienstag gegen Abend mit einem heftigen Nord-Ost eine empfindliche Kühle folgte. Hierorts hat es seit 14 Tagen nicht geregnet, während unsere nähere und weitere Umgegend des Regens nicht entbehrte. Auch Gewitter begleiteten denselben und äscherte der Blitz am vor. Sonntag jenseits und unfern der Grenze ein Vorwerk vollständig ein.

Bischofsburg, 13. Mai. In Folge der über die schrecklichen Vorfälle in Bredinken eingeleiteten gerichtlichen Untersuchung, welcher der Regierungsrath Müllner als Kommissarius der Regierung in Königsberg beiwohnt, sind bis jetzt 4 Rebelsführer entdeckt, gestern aus Bredinken hier eingebracht und dem Gerichtsgefängniß überliefert worden. Es ist zu erwarten, daß sich die Untersuchung auch darauf ausdehnen wird, ob resp. in wie weit das Blutvergießen hätte vermieden werden können. — Die Todten sind dort, nach erfolgter Obduktion, vorgestern u. gestern begraben. Der Teich ist nun entwässert. — Jetzt ist in Bredinken Alles ruhig, und die am 9. dort eingetroffenen 75 Mann Militair sind ohne jeden Widerspruch einquartirt worden. Für alle entstandenen und entstehenden Kosten muß die Dorfschaft aufkommen, und wird Mancher dadurch Hab und Gut verlieren. (K. H. Z.)

Goldapp, 19. Mai. Eine Schreckens-Nachricht durchläuft so eben unsere Stadt. Als heute Nachmittag die 3 Kinder des Landrathes Hrn. v. Schrötter den Hausflur betraten, um in die Schule zu gehen, rannte ein tollgewordener Hund auf sie los, biß das eine derselben in den Arm, riß dem anderen das Haarnetz vom Kopfe und dem dritten die Schnüre von seinem Rocke. Dann lief er in die Stadt hinein; erst nach einer halben Stunde, und nachdem er noch zwei andere Kinder gebissen, gelang es, den Hund zu erschießen. Die Kinder befinden sich sämmtlich in ärztlicher Behandlung.

Nachrichten aus Posen und Polen.

Aus Lemberg, 14. Mai, schreibt man der „Ostd. Post": Jezioranski ist definitiv zersprengt. Er theilte sein Corps in drei fliegende Schaaren und schlug sich fast ohne Schwertstreich nach den Wäldern von Janow durch, in der Mitte des Lublinischen gelegen. Zweifelhaft ist es jedoch, ob alle jene Abtheilungen die genannte Zufluchtsstätte auch wirklich erreicht haben oder nicht vielleicht auf halbem Wege von den nachsprengenden Russen abgeschnitten und aufgehoben worden sind. Jezioranski's Schicksal entschied der Tag von Krzyskowka. Vor der russischen Uebermacht mußte er den Kürzern ziehen. In den undurchdringlichen Wäldern von Janow dürfte Jezioranski auf eine kleine aufständische Kolonne unter Praszil stoßen, der zugleich mit Czechowski, dem längst Versprengten, die galizische Grenze überschritten und nach der Niederlage des Gesammtcorps in jene Wälder sich geflüchtet hatte. Sonst ist das Lublinische von den Insurgenten fast geräumt und gesäubert. Dagegen ertönen kriegerische Fanfaren und aufständische Trompetenstöße aus dem benachbarten Volhynien herüber. Die Insurrektion daselbst wird vorbereitet und ist der Ausbruch nahe bevorstehend. Die Dinge nehmen daselbst, wenn die Meldungen der Reisenden, die von dort kommen, genau sind, denselben Lauf wie in den ersten Tagen des Januars im Königreiche, wo am 22. alsdann das Zeichen zur allgemeinen Erhebung gegeben wurde. 600 wohlbewaffnete Insurgenten sind den 10. d. in Lubar eingerückt, woselbst 200 Mann sich zu ihnen schlugen. Tags darauf theilte sich diese Schaar und verließ unter Anführung der Gebrüder Dunin Lubar. Die eine fliegende Colonne eilte auf Ostropol, die zweite auf Labuoia zu. Die gedachten Orte liegen im Gouvernement Volhynien oberhalb Slucz zunächst der Grenzscheide zwischen Podolien und der Ukraine. Eine andere Nachricht meldet von einem bereits erfolgten Zusammenstoße unweit Podwolocysk und gegenüber dem galizischen Grenzstädtchen Zbaraz. Mehrere Verwundete wurden in Folge dessen auf das diesseitige Territorium geschafft.

Nekrolog.

Die Stadt Danzig, welche, was ihre geographische Lage anbetrifft, vor vielen andern ihrer deutschen Schwestern glänzt, eine höchst merkwürdige Geschichte hat und durch die Eigenthümlichkeit der Bauart einzig in ihrer architectorischen Schönheit dasteht, hat sich mit beispielloser Energie von den harten Schlägen und Wunden, welche sie in den napoleonischen Zeiten erhalten, erholt: ein Beweis, daß Danzig unzerstörbar ist und wie es eine große Vergangenheit, so auch eine große Zukunft hat. Der Geist der Männer, welche hier für das Wohl der Stadt in jüngster Vergangenheit gewirkt haben und gegenwärtig wirken, ist dafür Bürge; denn der Geist ist unüberwindlich, groß und in allen Calamitäten des Lebens siegreich. Für diese Behauptungen war uns ein Mann, dessen Namen wir nur mit der größten Hochachtung nennen können, ein sehr anschaulicher Beweis.

Herr Stadtrath Dodenhoff ist am vorigen Dienstag gestorben. Sein Name ist mit der neuesten Entwickelungsgeschichte Danzigs auf das Innigste verbunden.

Peter Dodenhoff wurde hier in Danzig am 25. September 1791 geboren. Sein Vater war der Inhaber einer bedeutenden Gold- und Silber-Fabrik und besoldetes Mitglied des Raths. Derselbe wurde nach 20jähriger Amtsführung auf Veranlassung des französischen Generals Rapp ebenso wie der Bürgermeister Gralath seines Amtes mit Pension entsetzt, weil er nicht zur Ausgabe von Silbermünzen, die nur den halben Werth hatten, seine Zustimmung geben wollte. Die Mutter des Verstorbenen war Frau Maria Constantia, eine Tochter des Predigers Wagner in Trutenau. Seine früheren Vorfahren führten nicht den Namen Dodenhoff, sondern hießen Bamann. Hans Bamann, der als Obrist im Militärdienste der Stadt stand, bewies bei einem Ausfall gegen die, Danzig belagernden Schweden dadurch einen großen Heldenmuth, daß er im heißen Kampfe eine Menge Feinde erschlug. Dafür wurde ihm als Geschenk ein Ehrendegen und der Name „Dodenhoff" beigelegt, wie damals ein Begräbnißplatz genannt und geschrieben wurde. Die seltsame Erscheinung der Erschlagenen glich in der That einem Todtenhofe. Diesen Namen hat unser braver Stadt-Rath als ein würdiger Nachkomme jenes Helden auf einem andern Felde mit in's Grab genommen.

Der Verstorbene hat, wie angedeutet worden, einen großen Antheil an der neuesten Entwickelungsgeschichte Danzig's und zwar nicht nur als Kaufmann, als welcher er eine hervorragende Stellung von 1823 bis 1848 hier in einem Associé-Geschäft mit Herrn August Schönbeck eingenommen, sondern auch als Communal-Beamter. Zu der Stellung des letztgenannten fühlte er sich durch eine ideale Denkungsweise hingezogen, indem er erkannte, daß der innerste und eigenste Kern einer großen handeltreibenden Stadt das Communalwesen, der einzige Quellpunkt ihrer Größe und Bedeutung sei. Im Jahre 1824 wurde Peter Dodenhoff Stadtverordneter und später zwei Mal nach einander, im November 1830 und 1831, zum Stadt-Verordneten-Vorsteher gewählt, nachdem er schon mehrere Jahre hindurch Stellvertreter desselben gewesen. Im März 1832 wurde ihm die Ehre zu Theil, zum besoldeten Stadt-Rath gewählt zu werden. Mit Einführung der Gemeinde-Ordnung trat er in die Reihe der unbesoldeten Stadträthe und wurde mehrmals wiedergewählt. In der Zeit von 1826 bis 1836 war er Vorsteher des Spend- und Waisenhauses. Zudem bekleidete er im Laufe seiner städtischen Wirksamkeit das Amt eines Gewerks-Assessors bei mehreren Gewerken, war Präses der Feuer-Deputation und Mitglied der Schul- und Armen-Deputation. Zu Anfang der fünfziger Jahre wurde er zum Landtagsdeputirten wiederholt bis auf das Jahr 1866 erwählt. Bemerkenswerth ist auch, daß er 25 Jahre lang mit unermüdlichem Eifer die Feuerlöschanstalten dirigirte. Auch war er Mitbegründer und längere Zeit Director der so wohlthätig wirkenden städtischen Sparkasse.

Heute früh um 8 Uhr fand die feierliche Beerdigung des ausgezeichneten Mannes auf dem St. Marienkirchhof statt. Die sämmtlichen Mitglieder des Magistrats und fast alle Stadtverordneten wie viele Bureau-Beamte des Magistrats nebst städtischen Lehrern und einer großen Zahl hiesiger Bürger aus allen Berufsklassen nahmen an dem feierlichen Acte Theil. Eine Anzahl Zöglinge des Spend- und Waisenhauses eröffnete den imposanten Leichenzug und streuten auf dem Kirchhofe Blumen. Gleichfalls befanden sich die Mitglieder der Feuerwehr mit ihrem Chef im Gefolge. Den Dahingeschiedenen betrauern ein Sohn und zwei Töchter und eine Pflegetochter. Seine Gattin, geb. Hoemcke, ist ihm bereits vor einem Jahre in die Ewigkeit vorangegangen. Herr Dr. Hoepfner schilderte in einer Grabrede die vortrefflichen Geistes- und Herzensgaben des verehrungswürdigen Mannes. Der Verstorbene hat sich in den Herzen aller Einwohner unserer Stadt ein unvergängliches Denkmal gegründet. Friede seiner Asche!

Victoria-Theater.

Das neue Engagement des darstellenden Personals unseres Victoriatheaters hat im Verlauf einer Woche seine Feuerprobe bestanden. Es muß in jeder Beziehung als ein vorzügliches bezeichnet werden. — Die einzelnen Mitglieder haben nicht nur eine höchst schätzenswerthe Routine, sondern sind auch von dem Geist ächter Künstlerschaft erfüllt, so daß sie vollständig leisten, was eine strenge Kritik von einem Kunst-Institut zu fordern berechtigt ist. Die Herren Leonhardt, Magner, v. Prosky, Cabus, Ludwig u. Frl. Brecht bewähren sich als Künstler ersten Ranges in ihrem Fache. Die Besucher des reizend gelegenen Sommertheaters finden deshalb Alles, was ihr Natur- und Kunstsinn fordert. Gestern fand die Wiederholung von drei Stücken statt, die in einer so kunstbewährten Weise gegeben wurden, daß sie in mehr als einer Weise belustigten. Das junge Institut hat in der That überraschende Fortschritte gemacht, und unterliegt es keinem Zweifel, daß es mit seinen jetzigen Mitteln auch in der begonnenen Saison dem Publikum imponiren und noch mehr als im vorigen Jahre interessiren wird.

Ueber die Haut als Schönheitsmittel.

(Schluß.)

In den großen Babeln der Civilisation, in London, Paris, Petersburg, giebt es eine eigene geheime Industrie, welche darin besteht, durch den Auftrag sehr feiner Teigfarben Runzeln auszufüllen und der Haut den Schein jugendlicher Blüthe zu geben. Man nennt diese Kunst „Emailliren", to enamel. In London verdient eine Französin, Madame Rachel, mit solchen Hexereien mehr Geld als Hunderte von Schullehrern zusammengenommen. Das Auftragen von Schminke oder von Puder ist eine einfachere und darum weiter verbreitete Unterart dieser Toilettenkunst. Beide Arten haben die Absicht der Täuschung und beide haben das Verfehlen dieser Absicht mit einander gemein. Der Beschauer kann wohl einige Zeit lang den Schein für Wirklichkeit halten, namentlich in der Entfernung und bei Kerzenbeleuchtung. Aber jede zufällige Kopfwendung, welche das Blendwerk einem Seitenlichte aussetzt, verräth sofort den Pinselstrich und den Puderquast. Keine Sorgfalt, kein Abglätten vermag dagegen zu schützen. Der eigenthümliche, atlasartige Schimmer der natürlichen Haut, welcher auf ihrer feinen Behaarung und leisen Feuchtigkeit beruht, läßt sich aus dem Farbentopfe nimmermehr herstellen, und eben deshalb macht, von der Seite beleuchtet, die gemalte und gepuderte Haut den Eindruck des Todten: selbst das Auge dessen, welcher über die Ursache sich keine Rechenschaft zu gebeu vermag, fühlt sich davon abgestoßen.

Diese Wirkung ist unausbleiblich, auch wenn der künstliche Ueberzug die ganze fühlbare Hauptfläche bedeckt. Sie tritt aber dann am schnellsten ein, wenn, wie gewöhnlich geschieht, nicht die ganze sichtbare Hauptfläche, sondern nur einzelne, besonders mangelhafte Stellen bemalt werden. Denn nun treten die bemalten Stellen in unmittelbaren Contrast zu der unbemalten natürlichen Haut, was dann ungefähr den Eindruck macht wie gelbes Leder auf gelber Seide. So geschickt auch die Schminke mit den natürlichen Fleischtönen in Einklang gesetzt, so sorgfältig der Uebergang abgestuft wird, das Licht bricht sich anders auf der Haut als auf der chemischen Farbe, eben weil der letzteren der zarte Flaum, der feuchte Hauch u. die zahllosen feinen Vertiefungen der Haut fehlen.

Man thut also besser, die ganze Haut zu bemalen, denkt vielleicht eine logisch folgernde Dame. Allerdings, wenn man seine Gesundheit für Nichts achtet. Denn je größer die Fläche ist, welche man mit Teig, Schminke und Puder bedeckt, desto gefährlicher ist die Operation. Die Haut spielt im lebenden Organismus eine ebenso wichtige Rolle wie die Lungen. Ihre Berührung mit der Luft ist für das Leben so unentbehrlich wie das Athmen. Ein Mensch, dessen Haut ganz oder zu einem erheblichen Theile zerstört oder durch einen Firniß am Transpiriren gehindert wird, muß ebenso unfehlbar sterben, wie ein Mensch, dessen Lunge beseitigt oder dessen Luftröhre zugeschnürt wird. Vom Schminken und Pudern stirbt man freilich nicht Knall und Fall, eben weil man nie den ganzen Körper mit der undurchdringlichen Kruste überzieht. Aber es giebt auch ein allmähliches, langsames Absterben, und dieser Gefahr verfallen alle diejenigen, welche einen Theil ihrer Haut durch Puder oder gar durch Farben dienstunfähig machen. Die ungesunde Gesichtsfarbe der Personen, welche sich viel und stark schminken, rührt nicht daher, daß die Schminke von außen die Farbestoffe der Haut zerstört, sondern sie ist eine Folge der innerlichen Untergrabung des Organismus, welche eintritt, wenn die Transpiration der Haut gehemmt wird.

Die Thorheit dieser Täuschungsversuche steigert sich mit dem Grade der Ungeschicklichkeit, mit welcher fast immer dabei verfahren wird. Nur eine seltene Virtuosität und eine genaue Kenntniß der Effekte ist im Stande die Tänschung, namentlich bei Tageslicht, einigermaßen mit Erfolg durchzuführen. In der Regel geht man aber sehr plump und unwissend zu Werke. Man bedient sich künstlicher Farbentone, welche zum Colorit der Haut nicht stimmen und dadurch augenblicklich ihren Ursprung verrathen, wie eine Rose auf einem Distelstrauch, oder man trägt an verkehrten Stellen auf, oder man macht die Sache zu schön, wodurch man gerade das bewirkt, was ein Täuscher am allermeisten vermeiden sollte, nämlich die Aufmerksamkeit und das Mißtrauen. Eine Folge der Unwissenheit ist es, wenn Personen von zu lebhafter rother Gesichtsfarbe die Haut mit weißem Puder bestäuben, wodurch sie dann, weil der Puder einen leicht bläulichen Ton hat, violett erscheinen, was viel schlechter aussieht als brennender Purpur. Was auf dem Theater und bei gelber Gasbeleuchtung erträglich sein mag, ist bei dem Lichte der Sonne oft unleidlich. Das besagte Violett ist nur zu vermeiden, wenn man auf den weißen Puder eine zweite Deckung von röthlichem Tone auf-

trägt. Am klügsten thut man aber, nicht besser scheinen zu wollen als man ist.

Die Summe aller dieser Sätze ist Folgendes. Wem die Natur einen schönen, glänzenden Teint gegeben hat, der braucht, um ihn zu bewahren, nur sich gesund zu halten und übermäßigen Blutumlauf zu vermeiden. Wer von der Natur mit einem gelben oder unreinen Teint ausgestattet worden ist, der nehme sein Kreuz auf sich. Den ungünstigen Eindruck kann er nur dadurch mildern, daß er erstens seine Gesundheit sich erhält und zweitens die Farben seines Anzuges richtig auswählt. Alle kosmetischen Mittel sind im günstigsten Falle nutzlos; in den meisten Fällen machen sie das Uebel ärger.

Damit ist nicht gesagt, daß Cold-cream, pâte d'amandes u. s. w. nicht unter Umständen nützlich sein können. Nur der Hautfarbe nützen sie nicht. Wenn aber zu heftige oder zu anhaltende Einwirkung der Luft und der Sonne die Haut entzündet oder ein trockner Ostwind sie spröde gemacht hat, so sind derartige Mittel recht empfehlenswerth. Indem sie die Haut gegen den Zudrang der Luft schützen, befördern sie die Heilung der Entzündung; indem sie die äußere Haut erweichen, gestatten sie den abschelfernden Schuppen abzufallen, ohne die noch nicht zum Abfall reifen Hauttheilchen mitzuziehen.

Handel und Gewerbe.

Danzig, 22. Mai. Bis gestern hatten wir eine Woche des wundervollsten Wetters, dem auch ein Paar erquickende Regen nicht fehlten; jetzt ist es eisig kalt geworden und das Thermometer zeigt nur 5—7° bei starkem Nordwinde. — Vom Auslande sind die Getreideberichte vollständig ohne Interesse, das ganze Geschäft bewegt sich um die Frage: was wird Amerika schicken? und da bis zum 2. Mai der Haupt-Zufuhr-Kanal vom Eriesee noch nicht eröffnet war, so blieb Newyork bis dahin schwach mit Getreide versehen, und die dort anwesenden Schiffe waren selbst zu billigen Frachten schwer zu placiren. In England herrscht indessen immer noch der Glaube an die Wiederaufnahme des großen amerikanischen Exports, und kein Müller versorgt sich weiter, als sein Absatz für die nächste Woche verlangt, daher denn fortwährend die obgleich sehr schwachen Arrivagen mehr als hinreichend den Bedarf decken, und Preise wenden sich, bei der näher rückenden Zeit größerer Zufuhren, immer mehr einer weichenden Tendenz zu. Außerdem war auch noch die Witterung den Saaten sehr günstig und die Feldberichte trugen auch noch dazu bei, Speculation niederzuhalten. Sommergetreide bedurfte des Regens, solche Klagen kommen aber wohl in jedem Jahre vor und erweisen sich später als ungerechtfertigt. — An unserm Markte hatten wir in Weizen am Sonnabend, Montag und Dienstag kaum 250 Last Umsatz, die Preise kamen stark in's Weichen und erst gestern stellte sich wieder geregelterer Begehr ein, der ein Geschäft von ca. 550 Last möglich machte und das Preis-Verhältniß der verflossenen Woche ziemlich wieder herstellte. Heute bei besserer Londoner Depesche wurden 230 Last verkauft und bunte bis hochbunte gearbeitete 130.31pfd. Weizen sind wohl fl. 5—10 theurer als Montag anzubringen gewesen. — In Roggen hatten wir ca. 600 Last Umsatz, die Preise haben sich aber nicht ganz behauptet. Juni-Juli-Lieferung blieb beliebt und dafür ist fl. 320 pr. 81$\frac{5}{8}$pfd. wiederholentlich bedungen. Erbsen gefragt und fest. Von Gerste kam fast nichts vor, Werth unverändert. Ein Paar Last Rübsen sind zu fl. 650 und Rapps zu fl. 740 verkauft. Spiritus stieg um eine Kleinigkeit, schließt aber nicht so fest als in vergangener Woche vor dem Regen.

Meteorologische Beobachtungen.

21	4	338,28	+ 6,6	NNO. frisch, hell u. schön.
22	8	337,41	8,1	SSO. schwach, wolkig.
	12	336,95	11,7	SO. do. bewölkt.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 21. Mai:

Forth, Dampfschiff Irwell, v. Hull, mit Stückgütern.

Angekommen am 22. Mai:

Kjetelsen, Severine, v. Christinestad, m. Theer. Dannenberg, Einigkeit, v. Bordeaux, m. Stückgütern. — Ferner 2 Schiffe mit Ballast.

Gesegelt:

20 Schiffe; davon 16 mit Getreide, 3 mit Holz und 1 Schiff mit Fleisch und Stäbe.

Producten-Berichte.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 22. Mai.

Weizen, 250 Last, 129.30 u. 131pfd. fl. 540; 131pfd. fl. 535; 129pfd. fl. 512$\frac{1}{2}$; 126.27pfd. fl. 485; 127 bis 128pfd. fl. 487$\frac{1}{2}$; 125pfd. fl. 490 Alles pr. 85pfd.

Roggen, 450 Last, 119pfd. fl. 309; 121pfd. fl. 312, 315; 122.23pfd. fl. 318, 320; 123.24pfd. fl. 320, 321; 124.25pfd. fl. 324; 128pfd. fl. 330 pr. 81$\frac{5}{8}$ oder 125pfd.

Erbsen w., fl. 315, 318.

Stettin, 21. Mai. Weizen 60—70 Thlr.

Roggen 44$\frac{1}{2}$—45 Thlr.

Rüböl 15$\frac{3}{4}$ Thlr.

Spiritus 14$\frac{3}{4}$ Thlr. pr. 8000.

[Eingesandt.]

Das „Danziger Dampfboot" No. 114 bringt die Berichtigung einer Lokal-Notiz aus Oliva, in No. 1862 der „Danziger Zeitung", mit C. G. Schulz unterzeichnet.

Die Verwaltung des Königl. Gartens sieht sich veranlaßt, hierauf Folgendes mitzutheilen:

Der Lotterie-Unter-Einnehmer Schulz läßt an der Landstraße, dem Kgl. Schlosse gegenüber, ein Gebäude errichten, welches die Aussicht aus dem Kgl. Garten nach Pelonken zu, sehr beeinträchtigt und durch sein Aeußeres, Veranlassung geben wird, das neue Gebäude durch eine hohe Vorpflanzung gänzlich zu decken, nachdem die amtlichen Verhandlungen im Interesse des Kgl. Besitzthums: dem neuen Hause eine andere Stelle, mehr seitwärts zu geben, gescheitert sind.

Der Unter-Kollekteur Schulz verlangte schriftlich, eine Entschädigung von 2000 Thalern, wenn er das Gebäude etwa 30 bis 40 Schritt seitwärts erbauen würde, zu welcher bedeutenden Forderung keine Fonds gewährt werden konnten.

Ferner ist dem p. Schulz eine Mittheilung von dem Kgl. Domainen-Rent-Amt zu Zoppot auf höhere Veranlassung gemacht, nach der, wenn er dennoch das Haus auf den, für den Kgl. Garten so störenden Platz erbauen würde, ihm und wahrscheinlich auch seinen Miethern, der Eintritt in den Kgl. Garten und Karlsberg untersagt werden dürfte.

In seinem guten Recht ist also der Unter-Kollekteur nicht gestört, sondern er hat sich die, für ihn vielleicht nachtheilig werdenden Konsequenzen, selbst herbei geführt.

Schondorff,
Königl. Garten-Inspektor.

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:

Mitglied des Herrenhauses u. Rittergutsbes. Baron v. Paleske a. Spengawken. Commerz.-Rath Tuhr nebst Familie a. Petersburg. Rentier Müller a. Elbing. Die Kaufl. Haukohl, Carrell und Reischauer a. Berlin, D. und E. Strauß a. London, C. u. E. L. Gniczewitz aus Gniewko.

Hotel de Berlin:

Die Kaufl. Cohn, Priester und Köster a. Berlin, Landwüst a. Elberfeld, Hirsch a. Vegesack, Jahr a. Leipzig u. Esch a. Rheydt.

Walter's Hotel:

Geh. Rath u. Professor Rosenkranz n. Frl. Tochter a. Königsberg. Die Kaufl. Benson a. New-York, Wittstock a. Calbe a. S., Hartwig a. Mühlhausen, Schmidt a. Elbing, Ergmann a. Berlin u. Wachendorf a. Stuttgart. Frau Rittergutsbes. Boy a. Katzke.

Schmelzer's Hotel:

Rittergutsbes. Schnackenburg a. Soldau. Oberamtm. Schmidt a. Ganshorn. Gutsbes. Mahnke a. Bauden. Fabrikant Appelius a. Berlin. Die Kaufl. Schmidt a. Magdeburg, Diehl a. Hamburg, Hoffert a. Stettin, Henseler a. Bielefeld, Jellert a. Leipzig, Hintze a. Sarlouis u. Krause a. Naumburg.

Hotel de Thorn:

Rittergutsbes. Heine a. Stangenberg. Königl. Ober-Amtmann Zabel a. Gr. Rakitt. Gutsbes. Zimdars aus Mönchengrebin. Die Kaufl. Samulon a. Thorn, Ehrlich a. Aachen u. Müller a. Leipzig.

Victoria-Theater zu Danzig.

Sonnabend, den 23. Mai 1863. Zum ersten Male: (neu). **Eine Frau, die in Paris war.** Lustspiel in 3 Akten von G. v. Moser. Hierauf: Zum ersten Male: (neu). **Vom Juristentag, oder: Ein Berliner Kreisrichter in Wien.** Posse mit Gesang in 1 Akt von A. Langer u. D. Kalisch.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.